

MAI '26 / N°2



# GREENFO

MAGAZIN DER GRÜNEN SCHWEIZ

- > NEIN ZUR SCHWÄCHUNG DES ZIVILDIENTSTES ..... 4
- > FOSSILAUSSTIEG JETZT! FÜR KLIMA UND UNSERE UNABHÄNGIGKEIT ..... 5
- > AKW-REVIVAL? NEIN DANKE! ..... 7

**NEIN ZUR UNMENSCHLICHKEIT!**  
**ZUSAMMEN GEGEN SPALTUNG!**

che Eidgenossenschaft  
tion suisse  
azione Svizzera  
raziun svizra

änderausweis  
pour étrangers  
etto per stranieri  
imaziun d'esters

**NEIN**

ZUR CHAOS-  
INITIATIVE  
DER SVP





# DIE DUNKLE VERGANGENHEIT MUSS VERGANGENHEIT BLEIBEN

Vor 24 Jahren wurde dank der bilateralen Verträge mit der EU endlich das Saisonierstatut abgeschafft. Es war Ausdruck der längst überfälligen Erkenntnis, dass – um es mit den Worten von Max Frisch zu sagen – man Arbeitskräfte gerufen hatte, und es Menschen waren, die kamen, um den Bau von Staudämmen und Zugstrecken sicherzustellen. Es waren Frauen und Männer, die man ihren Familien entzogen, wie Zitronen ausgepresst und in unhygienischen Baracken zusammengepfercht hat. All das für unseren Wohlstand. Doch Rechte sind keine Privilegien, die von der Farbe des Passes abhängen. Sie sind universell!

Genau dieses rassistische System will die SVP mit ihrer unmenschlichen Initiative wieder einführen. Und genau

das müssen wir verhindern! Wir kämpfen für eine Gesellschaft, die auf der Anerkennung von allen und der Teilhabe am kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Leben basiert – unter anderem dank der erleichterten und beschleunigten Einbürgerung.

Dafür braucht es zwei Dinge: Ein deutliches Nein zur Chaos-Initiative der SVP am 14. Juni und als nächstes ein Ja zur Demokratie-Initiative, die in den nächsten Monaten zur Abstimmung kommen wird. Aber nicht nur bei den Menschenrechten möchte die SVP in die dunkle Vergangenheit zurück, sondern auch bei der Energie. Albert Rösti, ehemaliger Atomlobbyist und nun Minister für «Umweltzerstörung», verspricht neue Atomkraftwerke mit unbegrenzten Subventionen. Ohne uns!

Gemeinsam mit langjährigen Verbündeten in zahlreichen NGOs bereiten wir das Referendum vor. Das wird ein entscheidendes Moment für die Energiewende: Wollen wir eine gefährliche Technologie, die radioaktiven Müll produziert und unsere Abhängigkeit von Russland verstärkt? Oder wollen wir die Erneuerbaren, mit denen wir die Stromproduktion demokratisieren und sauber und nachhaltig machen? Für uns ist die Wahl klar! Und sobald wir die Atomkraft einmal mehr mit einem Nein versenkt haben, setzen wir uns mit aller Kraft für die Alternative ein: mit unserer Solar-Initiative!

**Lisa Mazzone**  
Präsidentin GRÜNE Schweiz  
 lisazzone

## Impressum

Greenfo – Magazin der GRÜNEN Schweiz  
Waisenhausplatz 21, 3011 Bern  
031 326 66 00  
www.gruene.ch – gruene@gruene.ch  
Auflage: 8800 Exemplare  
Redaktion: Marjorie Spart, Florian Wüstholtz  
Übersetzung: Florian Wüstholtz  
Layout: Tom Wahli  
Druck: Bubenberg Druck  
Fotos: Tom Wahli (s.1, 3), Florian Wüstholtz (s.2, 4),  
Monika Flückiger (s. 3), GRÜNE Bern (s. 4),  
Unsplash (s. 5), Jérémy Toma (s.6), Béatrice  
Devènes (s. 6, 7), Selina Loosli (s. 7), GRÜNE  
Solothurn (s.8)

Erscheint vierteljährlich  
Jahresabonnement: CHF 20  
(für Mitglieder im Mitgliederbeitrag inbegriffen)

Unterstützen Sie die GRÜNEN mit Ihrer  
Spende: IBAN CH02 0900 0000 8002 6747 3  
oder [www.gruene.ch/spenden](http://www.gruene.ch/spenden)

## ERWEITERTES PARTEIPRÄSIDIUM FÜR ZWEI JAHRE (WIEDER-)GEWÄHLT

An der Delegiertenversammlung vom 21. März in Liestal wurde Lisa Mazzone für weitere zwei Jahre als Parteipräsidentin der GRÜNEN gewählt. Zudem wurden Sibel Arslan, Marionna Schlatter, Samantha Bourgoïn, Michael Töngi und Magdalena Erni als Vizepräsident\*innen wiedergewählt. Darüber hinaus wurde Léonore Porchet neu ins Vizepräsidium gewählt. (Foto oben)

## ENDSPURT FÜR DIE FAMILIENZEIT-INITIATIVE

Die Familienzeit-Initiative steht auf der Kippe! Es fehlen uns mehr als 15'000 Unterschriften, um die Quote der GRÜNEN zu erreichen. Darum: Sammle in deiner Familie und in deinem Umfeld noch einige Unterschriften, um mit dieser wichtigen Initiative die Gleichstellung zu stärken. Danke!



# NEIN ZUR MENSCHENFEINDLICHEN CHAOS-INITIATIVE DER SVP!

Am 14. Juni entscheiden wir einmal mehr über eine menschenfeindliche und isolationistische Initiative der SVP. Es ist eine Initiative, welche die Grund- und Menschenrechte von Familien, Geflüchteten und Menschen ohne Schweizer Pass in der Schweiz abschaffen und unsere Beziehungen zur EU zerstören will. Das Resultat einer Annahme: Chaos. Wir sagen klar und deutlich Nein zu dieser reaktionären Initiative.

Eine Schweiz mit nicht mehr als 10 Millionen Einwohner\*innen: Das will die SVP mit ihrer Chaos-Initiative erreichen. Auf dem Papier gibt sie dabei vor, sich um die Umwelt, um Nachhaltigkeit und Raumplanung zu sorgen. Aber wir wissen nur zu gut, dass es der SVP bei dieser Initiative kein bisschen um die Natur und um die Nachhaltigkeit geht. Was die Initiative eigentlich macht: unser Land isolieren und die Grenzen für all jene abschotten, die Schutz am dringendsten benötigen.

Der Text dieser veritablen Chaos-Initiative will ganz konkret die Rechte von Menschen ohne Schweizer Pass einschränken. Sobald die Bevölkerung nämlich den Schwellenwert von 9.5 Millionen erreicht, dürften Kriegsvertriebene kein Bleiberecht mehr erhalten und der Familiennachzug würde massiv erschwert. Die drohende Kündigung von internationalen Abkommen wie dem UNO-Migrationspakt, der Flüchtlingskonvention, der Kinderrechtskonvention und sogar der Europäischen Menschenrechtskonvention lässt befürchten, dass das Recht auf Asyl faktisch abgeschafft würde.

Dabei machen Geflüchtete gerade mal 2,5 % der Bevölkerung aus. Es ist offensichtlich, dass es der SVP nicht um das Bevölkerungswachstum geht!

## Angriff auf die Grundrechte

Worauf die Initiative keine Antwort liefert: Was soll die Schweiz tun, wenn die Obergrenze erreicht ist und Menschen vor Krieg fliehen und Schutz suchen? Sollen wir die Menschen etwa an der Grenze abweisen und zurückschicken? Was für eine unmenschliche Vorstellung! Das zeigt: Die Initiative höhlt deutlich die Rechte von vulnerablen, schutzsuchenden Personen aus. Damit tritt die SVP-Chaos-Initiative die Grundrechte und das Völkerrecht mit Füßen.

Denn eine Konsequenz der Annahme wäre auch die Rückkehr des unmenschlichen Saisonierstatuts. Ginge es nach der SVP, kämen Migrant\*innen nur für kurze Zeit in die Schweiz, um auf unseren Baustellen oder Feldern zu schuften – ohne soziale Rechte, ohne finanzielle Absicherung und ohne ihre Familien. Eine Rückkehr dieser menschenverachtenden und ausbeuterischen Politik dürfen wir nicht zulassen.

## Nein zur Schwächung unserer Verbindung zu Europa

Die Initiative ist auch Gift für unsere Beziehungen zur EU. Die Personenfreizügigkeit würde gestrichen und damit müssten die bilateralen Verträge gekündigt werden. Eine Kündigung

dieser Verträge würde die Beziehungen zur EU grundlegend erschüttern. Die EU ist unsere wichtigste Handelspartnerin: Die Hälfte unserer Exporte geht in die EU – das ist zehnmal mehr als nach China und dreimal mehr als in die USA. Für ein Land wie die Schweiz, das eng mit seinen Nachbarn verbunden ist, hätte dies sehr konkrete negative Auswirkungen: Personalmangel in Spitälern, Pflegeheimen, im Baugewerbe, in der Gastronomie oder auch in der Landwirtschaft.

Es ist klar: Auf die Herausforderungen des Bevölkerungswachstum – sei es beim Wohnen, beim Verkehr oder beim Umweltschutz – reagieren wir GRÜNE mit solidarischen Lösungen! Diese Initiative tut das Gegenteil. Sie stiftet Chaos und schürt den Hass auf andere. Wir sagen deshalb laut und deutlich Nein am 14. Juni!



**Greta Gysin**  
Nationalrätin TI  
@gretagysin

## ZIVILDIENTST: NEIN ZUR UNNÖTIGEN UND GEFÄHRLICHEN REVISION!

Der Angriff auf den Zivildienst zugunsten der Armee beseitigt keine Ungleichheiten, sondern schwächt eine gesellschaftlich wichtige Institution. Die GRÜNEN sagen dazu klar: Nein!

Die Änderung des Zivildienstgesetzes, über die wir am 14. Juni abstimmen, erscheint auf den ersten Blick technisch und wenig problematisch. Das Gegenteil ist der Fall. Die vermeintlich «unscheinbaren» Massnahmen stehen in Wahrheit im Zeichen der Aufrüstung und sind ein gezielter Angriff auf ein zentrales Element unserer Gesellschaft.

Dahinter steckt die Absicht der Bürgerlichen, die Zahl der Zivildienstleistenden fast zu halbieren. Ihr Weg: Den Zugang zum Zivildienst systematisch zu erschweren und restriktiver zu gestalten. Sei es mit einer vorgeschriebenen Mindestdauer, jährlichen Pflichteinsätzen oder anderen Einschränkungen: Stets geht es darum, Menschen zu entmutigen, sich ausserhalb der Armee zu engagieren.

Dabei spielt der Zivildienst in unserer Gesellschaft eine unverzichtbare Rol-

le. Jedes Jahr unterstützen Tausende von Zivildienstleistenden Spitäler, Pflegeheime, Schulen und soziale Einrichtungen. Sie setzen sich für ältere Menschen, Kranke und Kinder ein. Sie arbeiten bei Naturschutzprojekten mit und treiben die ökologische Wende voran. Der Zivildienst ist weit mehr als ein Ersatz für den Militärdienst: Er stellt eine nützliche Tätigkeit dar, die eng mit unserer Lebensrealität verbunden ist.

Für die GRÜNEN ist deshalb klar: Sicherheit geht weit über das Militär hinaus. Sie umfasst den sozialen Zusammenhalt, die Gesundheit, das Klima und die Umwelt. Sich gegen die Änderung des Zivildienstgesetzes einzusetzen, bedeutet, die schleichende Zerstörung dieses Dienstes an unserer Gesellschaft zu unterbinden. Die geplanten Massnahmen sind nämlich nur der erste Schritt zur Einschränkung der Wahl zwischen Armee- und Zivildienst und sind Teil des gefährlichen

Versuchs, den Zivildienst ganz abzuschaffen, wie dies die Rechten im Parlament bereits heute diskutieren.

Darum: Stärken wir, was funktioniert. Der Zivildienst ist nicht das Problem. Er ist Teil der Lösung, denn er entspricht realen Bedürfnissen im Hier und Jetzt. Der Zivildienst bietet Tausenden von jungen Menschen die Möglichkeit, sich sinnvoll und ohne Gewissenskonflikte für die Gesellschaft einzusetzen. Ein Nein am 14. Juni bedeutet, eine offene, solidarische und zukunftsorientierte Schweiz zu verteidigen.



**Magdalena Erni**

Co-Präsidentin

Junge Grüne Schweiz

[magdalenaerni\\_](#)

## HERZLICHE GRATULATION ALINE UND BALTHASAR!



Der März stand ganz im Zeichen wichtiger Wahlerfolge für die GRÜNEN. Zuerst wurde Balthasar Glättli, Nationalrat und ehemaliger Präsident der GRÜNEN, in die Regierung der Stadt Zürich gewählt. Und drei Wochen später unsere Fraktionspräsidentin Aline Trede in den Regierungsrat des Kantons Bern.

Die Erfolgsserie bei Regierungswahlen zeigt: Grüne Politik ist mehrheitsfähig, lösungsorientiert und wird mit dem Vertrauen der Bevölkerung honoriert. Wir sind stolz, dass es in unserer Bewegung so viele starke, kompetente und inspirierende Politiker\*innen gibt, die sich für eine ökologische, femi-

nistische und zukunftsfähige Schweiz engagieren – und die in der Exekutive Verantwortung übernehmen wollen. Balthasar Glättli und Aline Trede haben den Nationalrat Ende April verlassen. Neu im Nationalrat sind Anna-Béatrice Schmaltz (ZH) und Andrea de Meuron (BE).

# FOSSILAUSSTIEG JETZT! FÜR DAS KLIMA UND UNSERE UNABHÄNGIGKEIT!

Fossile Energien schaden dem Klima und unserer Gesundheit – aber damit nicht genug: Sie befeuern Kriege, gefährden die Energieversorgung und treiben die Preise in die Höhe. Grund genug, dass sich die GRÜNEN mit einer Resolution dazu verpflichten, alles für einen verbindlichen und sozial gerechten Ausstieg aus fossilen Energien unter anderem im Verkehr und bei Gebäuden zu unternehmen.

Es ist längst bekannt: Fossile Energien sind für über 75% der Treibhausgasemissionen in der Schweiz verantwortlich. Damit beschleunigen sie die Klimakrise, schaden der Biodiversität und gefährden unsere Gesundheit. Das liefert schon genügend Gründe, schnell von ihnen wegzukommen.

Aber Erdöl befeuert zudem immer noch Kriege überall. Das sehen wir beim Angriff auf Venezuela oder beim Krieg in Iran. Beide verfügen über grosse Erdölreserven. Auch heute noch bestimmen fossile Energien das Auf und Ab der Weltwirtschaft. Imperialistische Kriege werden um Öl und Gas geführt und autoritäre Regime finanzieren sich durch deren Verkauf.

Und was macht die Schweiz? Sie überweist jedes Jahr mehr als 8 Milliarden Franken ins Ausland, um dieses System aufrecht zu erhalten. Ein System, welches das Klima zerstört, Kriege befeuert und uns alle in gefährliche Ab-

hängigkeiten stürzt. Es ist Zeit, diesen Teufelskreis zu durchbrechen! Auch unsere Aussenpolitik – beispielsweise die unzureichenden Sanktionen gegen Russland – ist dieser fossilen Abhängigkeit ausgeliefert. Das Resultat ist eine moralisch inakzeptable Politik, die darüber hinaus wirtschaftlich unsinnig ist und eine direkte Bedrohung für unsere Sicherheit und unsere Zukunft bedeutet.

Die GRÜNEN haben deshalb die Resolution «Für Klima und unsere Unabhängigkeit: Fossilausstieg jetzt!» verabschiedet. Der konsequente Ausstieg aus fossilen Energien ist der wirksamste Hebel, um unsere Klimaziele zu erreichen und die Schweiz unabhängiger zu machen.

Gleichzeitig blockieren die Fossillobby und die Bürgerlichen die notwendige, wirtschaftlich sinnvolle und technologisch längst machbare Energiewende. Jede heute installierte Ölheizung wird

noch über 2050 in Betrieb sein – dann, wenn die Schweiz klimaneutral sein muss. Heute gekaufte Fossil-Autos werden noch 20 Jahre und mehr auf unseren Strassen fahren und die Abhängigkeit von Erdöl zementieren.

Darum ist klar: Es braucht jetzt einen klaren, verbindlichen und sozial gerechten Fahrplan für den Abschied aus dem fossilen Zeitalter. Die GRÜNEN werden daher alle politischen Mittel für den Fossilausstieg unter anderem im Verkehrs- und Gebäudesektor einsetzen. Ohne Klimaschutz gibt es keine soziale Gerechtigkeit. Und ohne Fossilausstieg gibt es keine Souveränität.



**Lisa Mazzone**  
Präsidentin GRÜNE Schweiz  
@lisazzone

## NACHHALTIGE REISEN, FAIRE PREISE

Heute ist das Flugticket oft günstiger als das Zugbillet – eine Absurdität, denn die Luftfahrt schadet dem Klima massiv. Um das Wachstum des Flugverkehrs einzudämmen und die Bahn als attraktivere Alternative zu stärken, hat umverkehr die «Mobilitätsbon-Initiative» lanciert. Das Prinzip ist einfach: Flugtickets werden je nach Distanz und Buchungskategorie besteuert. Die Einnahmen fliessen als Mobilitätsbons von 100 Franken pro Jahr (einlösbar im öffentlichen Verkehr) an alle in der Schweiz wohnhaften Personen zurück. Zusätzlich können jährlich rund 500 Millionen Franken in bessere Bahnverbindungen mit unseren europäischen Nachbarländern investiert werden.

**Jetzt ist die Zeit zu handeln: Unterzeichne den im Greenfo beigelegten Unterschriftenbogen – für günstigere Zugreisen und eine gerechtere Mobilität für alle!**



## DIE ZUKUNFT GEHÖRT DEN ERNEUERBAREN NICHT DEN ATOMKRAFTWERKEN

2017 hat die Bevölkerung beschlossen, aus der Atomkraft auszusteigen. Nun will der Ständerat – exakt 15 Jahre nach Fukushima – neue AKW wieder ermöglichen. Ausgelöst durch die «Blackout-Initiative» und gestützt von Bundesrat Albert Rösti, steht die Schweiz vor einem energiepolitischen Rückschritt.

Dabei zeigt sich längst: Die Energiewende funktioniert! Der Ausbau von Solarenergie, Effizienzsteigerungen und eine bessere Nutzung bestehender Ressourcen tragen bereits heute zur Versorgungssicherheit bei. Die wiederkehrenden Blackout-Szenarien haben sich nicht bewahrheitet. Stattdessen wird die Versorgung stabiler, dezentraler und unabhängiger. Die Ausbauziele

der Energiestrategie wurden 9 Jahre früher erreicht als geplant.

Hinter der «Blackout-Initiative» steckt ein klares Kalkül: Sie will Zweifel säen und die erfolgreiche Energiewende gezielt diskreditieren. Mit überzeichneten Krisenszenarien wird versucht, alte Technologien wieder salonfähig zu machen. Doch Atomkraft ist keine Lösung für die Herausforderungen von heute und morgen. Neue AKW kommen zu spät, sind extrem teuer und binden finanzielle Mittel, die dringend in erneuerbare Energien investiert werden müssen. Sie bremsen Innovationen und verzögern den notwendigen Umbau unseres Energiesystems. Wer heute auf Atomkraft setzt, blockiert den Fort-

schritt von morgen. Ausserdem gefährden Atomkraftwerke unsere Sicherheit: Sie sind ein Klumpenrisiko für die Energieversorgung, ein potenzielles militärisches Ziel und eine nachhaltige Lösung für den Abfall fehlt nach wie vor.

Wir sind bereit für das Referendum gegen diesen Rückschritt. Die Bevölkerung hat sich bereits für den Atomausstieg entschieden und sie wird diesen Entschluss verteidigen. Die Zukunft gehört den Erneuerbaren!



**Marionna Schlatter**  
Nationalrätin ZH

[marionnaschlatter.bsky.social](#)

## SAUBERES WASSER BRAUCHT SAUBERE POLITIK

**In der laufenden Revision der Gewässerschutzverordnung verzichtet Bundesrat Rösti nach einem Gespräch mit dem Bauernverband darauf, für drei besonders giftige Pestizide Grenzwerte festzulegen. Das verstösst gegen das Gesetz und gefährdet die Natur und unsere Gesundheit.**

Unsere Gewässer sind in einem alarmierenden Zustand: In mehr als der Hälfte der untersuchten Fließgewässer werden Pestizidgrenzwerte überschritten. Viele Grundwasserfassungen sind belastet. Und nur noch ein Drittel der Fließgewässer funktioniert als Lebensraum.

Der Grund liegt auf der Hand: Der Gewässerschutz wird in dieser Legislatur systematisch geschwächt. Kontrollen werden gelockert, EU-Pestizidzulassungen automatisch übernommen, eine Pestizid-Meldeplattform abgeschafft. Schutzstandards fallen Stück für Stück. Und es ist nicht nur das

Parlament. Auch der Bundesrat macht mit: In der laufenden Revision der Gewässerschutzverordnung verzichtet Bundesrat Rösti nach einem Gespräch mit dem Bauernverband darauf, für drei besonders giftige Pestizide Grenzwerte festzulegen – Stoffe, die schon in kleinsten Mengen Pflanzen und Tiere schädigen können.

Das, obwohl das Bundesamt für Justiz dieses Vorgehen klar als gesetzeswidrig eingestuft hat. Röstis Logik scheint zu sein: Wo es keinen Grenzwert gibt, kann dieser auch nicht überschritten werden. Doch dieses Vorgehen untergräbt das Vertrauen in den Rechts-

staat. Im Parlament fehlt uns momentan die Mehrheit, um das zu stoppen. Aber wir nutzen unsere Instrumente. Mit einer Dringlichen Debatte haben wir zumindest öffentlich gemacht, was hier läuft. Denn eines ist klar: Genau wie ein gesundes Leben sauberes Wasser benötigt, braucht eine gesunde Demokratie saubere Politik.

**Marionna Schlatter**  
Nationalrätin ZH

## GLEICHSTELLUNG IST NOCH LÄNGST KEINE REALITÄT

Sexualisierte Gewalt, Lohnungleichheit, Mental Load oder mangelnde Vereinbarkeit von Lohnarbeit und Familie: Trotz einigen Fortschritten gibt es weiterhin zahlreiche gravierende Hürden für die Gleichstellung. Darum braucht es ein gemeinsames Wirken mehr denn je.

Am 14. März trafen sich die Grünen Frauen einmal mehr für einen Austausch und einen Ausblick auf die Kämpfe, die wir für die Gleichstellung noch führen müssen. Das Fazit ist klar: Es gibt zwar Fortschritte, aber wir müssen noch etliche Herausforderungen meistern.

Jedes Jahr werden tausende Frauen Opfer von sexualisierter Gewalt. Es geschieht im öffentlichen Raum, im Netz, am Arbeitsplatz oder zu Hause – die Sicherheit und Unversehrtheit von Frauen ist immer noch nicht garantiert! Hinzu kommt die anhaltende ökonomische Ungleichheit. Frauen verdienen für die gleiche Arbeit immer noch im Durchschnitt weniger als Männer. Und sie arbeiten öfter Teilzeit oder

in Branchen mit schlechter bezahlten Löhnen.

Weiterhin lastet ein Grossteil von Care-Arbeit und Mental Load auf unseren Schultern. Diese ungleiche Verteilung und das Fehlen einer Familienzeit erschweren die Vereinbarkeit von Lohnarbeit, Familie sowie politischem Engagement oder Vereinsarbeit. Die Folge: Weniger Frauen finden Zugang zu verantwortungsvollen Positionen und viele werden bei der Teilnahme am öffentlichen Leben eingeschränkt oder systematisch ausgeschlossen. All diese Ungleichheiten sind kein Naturgesetz! Wir brauchen starke und mutige politische Massnahmen und ein nachhaltiges, gemeinsames Wirken. Um diesen Kampf mitzutragen, versammeln sich

engagierte Frauen bei den Grünen Frauen um die Gleichstellung in der Gesellschaft und der Politik voranzutreiben.

**Sei auch du ein Teil der Bewegung und engagiere dich für die Gleichstellung und tritt dem Netzwerk bei, um Teil der Bewegung für eine gerechtere Gesellschaft zu werden!**



**Sibel Arslan**  
Co-Koordinatorin Netzwerk  
Grüne Frauen  
Nationalrätin BS  
🌱 [sibelarslanbs.bsky.social](https://sibelarslanbs.bsky.social)

## FRAUEN FÜR DIE GLEICHSTELLUNG!

Am letzten Vernetzungstreffen vom 14. März haben mehr als 60 Teilnehmerinnen gemeinsam über mögliche Massnahmen für mehr Gleichstellung diskutiert.



«Durch das Netzwerk merke ich, dass die Herausforderungen von Frauen universell sind. Ich setze mich für die Gleichstellung ein, weil ich merke, dass vieles, was ich für selbstverständlich halte, von anderen hinterfragt wird. Es braucht gesellschaftliche Strukturen, die Lohngleichheit und eine gerechte Aufteilung von unbezahlter Arbeit sichert. Aber wir müssen auch Gewalt gegen Frauen bekämpfen, die gläserne Decke durchbrechen und mehr für die Gesundheit von Frauen tun.»

**Véronique Addor (VD)**



«Das Netzwerk Frauen zeigt mir die geballte Energie, den Mut und die Vielfalt der Perspektiven von Frauen jeden Alters. Sie alle wollen etwas bewegen. Das steckt an! Gleichstellung ist ein Grundrecht: Alle sollen unabhängig ihres Geschlechts frei leben, sich sicher bewegen und ihre eigenen Entscheidungen treffen können. Das bedeutet insbesondere auch: mehr echte Möglichkeiten für Teilzeitarbeit und eine verlässliche, gute Kinderbetreuung.»

**Marianne Gerhard (ZH)**



«Ich finde es wichtig, andere politisch aktive FINTA\* Personen zu treffen. Das gibt mir Kraft, um für Gleichstellung zu kämpfen! Denn alle Menschen haben unabhängig von Geschlecht, Sexualität, Herkunft und Wohlstand die gleichen Rechte. Unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft muss das respektieren. Feminismus muss für alle gedacht werden – nicht nur für weisse, eher privilegierte cis Frauen: Vor allem FINTA\*-Personen mit Migrationsgeschichte sind von Diskriminierung besonders betroffen und werden noch zu wenig aktiv mitgedacht.»

**Lina Oechslin (ZH)**

## DER QUEEREN COMMUNITY EINE WEITERE STIMME GEBEN

Als frisch vereidigte Nationalrätin aus Solothurn will ich mich für mehr Gleichstellung und eine lebenswerte Zukunft für uns alle einsetzen. Und ich bin überzeugt: Die Vielfalt der Schweiz ist eine wunderbare Chance, die wir ergreifen und umarmen müssen.

Liebe GRÜNE, es freut mich sehr, dass ich seit April 2026 Nationalrätin sein darf. Es bietet mir die Gelegenheit, drei Ziele auf nationaler Ebene zu verfolgen. Vor allem will ich der queeren Community eine weitere Stimme geben und bei der rechtlichen und gesellschaftlichen Gleichstellung sichtbare Fortschritte erzielen. Als unter 40-Jährige vertrete ich zudem die Frauen meiner und noch jüngerer Generationen – sei es aus der Gen Z, der Gen Alpha oder noch jüngerer. Dabei möchte ich die Schweiz so mitgestalten, dass die Zukunft für uns alle und jüngere Generationen, wie zum Beispiel für meinen Gottikinder, lebenswert bleibt.

Daneben werde ich immer auch den Kanton und die Stadt Solothurn im Auge behalten und repräsentieren. Hier bin ich aufgewachsen, fühle mich wohl und hier lebe ich seit meiner Ausbildung an der PH Bern zur Primarlehrerin wieder. In der Stadt Solothurn war ich in den letzten neun Jahren Gemeinderätin und seit 2023 Kantonsrätin. Seit sieben Jahren amte ich auch als Präsi-

dentin der Kantonalpartei. Viel Gelegenheit, um politische Erfahrungen zu sammeln – mit Anträgen, Voten, Kampagnen und Vorstössen.

### **Vielfalt als Chance**

Mein neues Umfeld im Nationalrat wird bestimmt ebenso heterogen zusammengesetzt sein wie meine ehemaligen Schulklassen. Elf Jahre habe ich an der Schule Olten meist als Klassenlehrperson unterrichtet. Von dieser Erfahrung mit Kindern aus der 5. und 6. Klasse kann ich viel mit ins neue Amt mitnehmen. Zum Beispiel den Umgang mit verschiedenen Personen und Charakteren. Aber auch das Zuhören und schnelle Einlesen in neue Themen – eine Stärke, die ich mir als Lehrperson zu Eigen gemacht und als Politikerin vertieft habe.


Tagtäglich erlebte ich dabei als Lehrerin eine vielfältige Schweiz. Das hat meine Überzeugung gefestigt, dass wir diese Vielfalt als Chance sehen und ergreifen sollten. Die Schweiz – mitten in Europa gelegen – muss sich unseren Nachbarländern gegenüber offen zei-

gen. Darum müssen wir entschieden gegen jegliche Abschottungstendenzen zusammenstehen. Auch die Rückkehr ins AKW-Zeitalter gilt es zu verhindern. Viel lieber sollten wir unsere Zeit und unser Geld in den Ausbau der erneuerbaren Energien investieren.

Ich wünsche mir, dass unsere politische Arbeit allen Familien- und Lebensformen zugutekommt. Gerade dafür ist die Familienzeit-Initiative ein wichtiges Projekt! Sie ist ein Schritt zu mehr Gleichstellung und darum sammle ich in den nächsten Wochen nochmals intensiv Unterschriften dafür. Vielleicht gemeinsam mit dir? Ich freue mich, mit euch zusammen engagiert zu sein, Chancen zu sehen und Innovatives nachhaltig umzusetzen!

**Laura Gantenbein**

Nationalrätin SO

 lauragantenbeinso

### **VON HERZEN DANKE, FELIX!**

Laura Gantenbein tritt im Nationalrat die Nachfolge von Felix Wettstein an. Felix wurde 2019 nach langjährigem politischem Einsatz im Kanton Solothurn in den Nationalrat gewählt und hat nun im Alter von 68 Jahren beschlossen, dieses Mandat abzugeben. Als Spezialist für Finanzpolitik hat er sich vehement gegen die Austeritätspolitik eingesetzt. Dank seiner Hartnäckigkeit konnten im Abbaupaket Kürzungen beim Klimaschutz und im Sozialbereich verhindert werden. Daneben kämpfte er auch immer wieder für eine Reform der Schuldenbremse – ein viel zu starres Instrument, das wichtige Zukunftsinvestitionen verhindert. Die Grüne Fraktion dankt Felix von ganzem Herzen für seinen Einsatz für die grünen Werte!